

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

172 (26.7.1919)

Öffentlich werden und ich bin überzeugt, mancher wird sagen, wenn er die Rede gelesen hat: Wie war es nur möglich, daß über eine solche vernünftige Rede ein solcher Spektakel gemacht werden konnte. Am 1. August hielt der Reichszugler seine Rede mit dem Grundgedanken, daß alle Friedensangebote ausfahlos seien. Er weigerte sich, eine klare Erklärung über die Neutralität Belgiens abzugeben. Am 30. August aber erhielt der Reichszugler durch den Runtius ein Schreiben, worin von dem Angebot Englands die Rede war, dem die französische Regierung sich angeschlossen hat. Die kaiserliche Regierung möge sich über die Unabhängigkeit Belgiens erklären und Garantien für die politische, wirtschaftliche und militärische Unabhängigkeit des Landes geben. Eine verständliche Antwort würde einen guten Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtern. — Wir haben hier den amtlichen Bericht einer neutralen Macht, die durch ihre Organisation und ihre Ideenwelt wie wenige in der Lage war, zu beurteilen, ob ein Friedensschritt Aussicht auf Erfolg hatte. Er entsprang nicht aus eigener Initiative, sondern aus dem ausdrücklichen Ersuchen der englischen Regierung mit der ausdrücklichen Erklärung der französischen, daß sie sich anschließen. Die Erlaubnis, den Inhalt der englischen Note zu veröffentlichen, wurde vom apf eingeholt, ist aber noch nicht eingetroffen. Was aber ist geschehen in Berlin? Man sollte es nicht für möglich halten! Vier Wochen gibt man den Ministern keine Antwort. In einem Schreiben vom 24. September wird abgelehnt, eine Erklärung abzugeben, weil die Vorbedingungen für die Abgabe einer solchen Erklärung noch nicht genügen könnten. Also ein wichtiger diplomatischer Bericht für ein Volk, das in höchster Not ist, wird vier Wochen lang nicht beantwortet. Dann erklärt man ihn nicht für genügend! (Große Bewegung).

Ende September war ich in München. Ich kenne den Runtius seit längerem als persönlichen Freund. Der Runtius kam mir mit Tränen in den Augen entgegen und sagte: „Man ist alles verloren, auch Ihr armes Vaterland!“ Damit war der von England über den H. Stuhl eingeleitete Versuch erledigt. Wir müssen dem deutschen Volke sagen, wie es zwei Jahre lang gewissenlos irre geführt worden ist. Hätte es die Dinge besser gewagt, so hätte es den Frieden einfach erzwungen. Ende September war die durch den ehrlichen Willen des deutschen Volkes getragene Politik des verständigen Ausgleichs erledigt, die Hoffnung, die auch die anderen Völker hatten, mit einem Schlag vernichtet. Deutschland ist mit offenen Augen in den Tod hineingerannt.

So kam 1918. Jeder Versuch, diese Zeiten zur Vernunft zu bringen, wurde mit militärischen Knüppeln niedergeschlagen. Die Antwort war, man möge noch ein Weilchen warten und dann kam Ende September der restlose militärische Zusammenbruch. Alle diese Dinge werden in den nächsten Tagen dem deutschen Volke unterbreitet werden. Dann kann es nach den Akten selbst prüfen. Wir haben unsere Armees vor einem neuen Gebot bewahrt. Am 6. November bekam ich den Auftrag — ich habe mich nicht dazu gedrängt — die weiße Fahne am 8. November morgens zu ziehen, also zu kapitulieren, und zwar mit Zustimmung der Obersten Heeresleitung, hätten Sie (nach rechts) es etwa beantworten wollen, daß der Feind vorrückend durch unser Vaterland zieht? Der Umsturz in Deutschland soll den Waffenstillstand erzwungen haben. Aber Hindenburg selbst: Wenn unsere Forderungen nicht durchzuführen seien, so sei der Waffenstillstand trotzdem abzuschließen.

Ich stelle fest, die Friedensresolution hätte Erfolg haben können und müssen, wenn die Grundätze bei Gelegenheit der Friedensnote des Papstes angewandt worden wären. Der Zusammenbruch wurde nicht durch die Resolution, sondern durch die konstante Anspannung des Volkes bezeugt, denn nicht die Friedensresolution hat Deutschlands Widerstandskraft gebrochen, sondern der Zusammenbruch erfolgte durch den Mangel an innerer und äußerer politischer Einigkeit der Konfessionen und der Obersten Heeresleitung, die das deutsche Volk einschüchterte und terrorisierte. Dieses Spiel wird auch jetzt fortgesetzt. Die Gebude der Regierung und der Mehrheitsparteien hat ein Ende.

Ich werfe die Frage auf, ob für Deutschland am 22. Juni überhaupt noch die Möglichkeit einer anderen Handlungsweise als die Unterzeichnung bestanden hat. Ich stelle fest, daß ich in der ganzen kritischen Zeit durchaus loyal gehandelt habe. Ich habe aus meiner Auffassung kein Gebl gemacht und in der Vorbesprechung des Kabinetts, schließlich erklärt, daß ich aus der Regierung austreten werde, wenn die Friedensunterzeichnung abgelehnt würde. In diesem kritischen Augenblick der deut-

lichen Geschichte mußte gehandelt werden. Mit Freuden erinnern wir uns der Erklärungen der Abgeordneten Schiffer und Hetzge, daß unsere Entscheidungen aus dem ehrlichen Willen getroffen worden seien, unserem Vaterlande zu dienen. Die Deutsch-Nationalen haben sich dieser Auffassung nicht angeschlossen und sich damit selbst ein unrühmliches Zeugnis ausgestellt. (Lebhafte Zustimmung.) Der Vorwurf und der Übermut, die aus den Darlegungen des Abg. Grafen sprechen, wie hätten uns an die Futterrippe setzen wollen, werden vom deutschen Volke dem Vertreter einer Partei nicht verzeihen dürfen, die selbst Jahrzehntlang an der Futterrippe gefressen hat. Wir haben den Gewaltfrieden annehmen müssen, weil kein anderer Ausweg blieb. Wir haben die Verantwortung übernehmen müssen für das, was Sie verbrochen haben. Wir werden aber niemals zugeben, daß Sie nun versuchen, aus der Verantwortung, die auch Ihre Schuld ist, unsere Schuld zu machen und uns heuchlerisch mit Hohn und Spott zu übergeben. Der Friedensvertrag ist die Schlussrechnung eines Krieges. Wer den Krieg verliert, verliert den Frieden. Wer aber hat den Krieg verloren? Diejenigen, die sich in unvernünftigen, tragischen, verkehrten und verberberischen Eigenfinn der Möglichkeit eines Verhandlungsfriedens entgegenstellten. Und wenn Sie nun durch Ihren launen Reiz Ihre Hände in Unschuld waschen wollen, Sie werden die Schuld nicht los werden vor uns, noch vor der Geschichte, noch vor Ihrem eigenen Gewissen! (Stürmischer Beifall, der sich auch auf der Tribüne fortsetzt.)

Nach persönlichen Bemerkungen wird die Weiterberatung auf Samstag vormittag 10 Uhr vertagt. — Schluß 8 1/2 Uhr.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat dem Polizeihauptmann Major d. R. Albrecht Rudolf Seneca in Berlin unter Ernennung zum Major die Stelle des Kommandanten des III. Gendarmerie-Batallions übertragen.

Das Staatsministerium hat den Regierungsbaumeister Friedrich Wieland bei der Generaldirektion der Staatsbahnen und Karl Koch bei der Bezirksbauinspektion Heidelberg mit Wirkung vom 1. Juli d. J. die etatmäßigen Stellen von zweiten Beamten der Hochbauverwaltung übertragen.

Das Staatsministerium hat unterm 8. Juli d. J. dem Vize-Postdirektor Franz Scherlein aus Karlsruhe mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab eine Vize-Postdirektorstelle beim Postamt in Konstanz übertragen.

Der Herr Erzbischof hat die Pfarrei Hattingen, Dekanat Geisingen, dem bisherigen Pfarverweser August Ruffmann in Gündelwangem verliehen. Dieser hat am 29. Juni d. J. die kanonische Institution erhalten.

Der Herr Erzbischof hat die Pfarrei Unterfirnach, Dekanat Willingen, dem bisherigen Pfarverweser Fridolin Graf in Rheinhausen verliehen. Dieser hat am 29. Juni d. J. die kanonische Institution erhalten.

Der Herr Oberkirchenrat hat mit Erschließung vom 4. Juli d. J. nach Zustimmung des General-Synodalausschusses den evangelischen Pfarver Gottlieb Günther in Obriegheim auf sechs Jahre zum Pfarver in Eggenstein ernannt.

Der Herr Oberkirchenrat hat mit Erschließung vom 4. Juli d. J. nach Zustimmung des General-Synodalausschusses den Pfarver Ludwig Siebert in Sulzfeld auf sechs Jahre zum Pfarver in Kreuzbach ernannt.

Der Herr Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des General-Synodalausschusses den evang. Pfarver Albert Daiber in Schmalheim auf sechs Jahre zum Pfarver in Dreisbach ernannt.

Der Herr Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des General-Synodalausschusses die auf 6 Jahre erfolgte Ernennung des evang. Pfarvers Hc. Wilhelm Braun auf die obere evang. Pfarrei Redargemünd für endgültig erklärt.

Der Herr Oberkirchenrat hat mit Entscheidung vom 4. Juli d. J. nach Zustimmung des General-Synodalausschusses den Pfarver Emil Weiser in Gochsheim auf 1. November d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das Ministerium des Innern hat unterm 18. Juli d. J. den Verwaltungsekretär Wilhelm Braun beim Landeskommissär Konstanz zum Bezirksamt Konstanz und den Verwaltungsekretär Friedrich Gantner beim Bezirksamt Konstanz zum Landeskommissär Konstanz versetzt.

Das Ministerium des Innern hat mit Verfügung vom 22. Juli d. J. den Schutzmann Karl Hofmann beim Bezirksamt Mannheim mit sofortiger Wirkung aus dem Staatspolizeidienst entlassen.

Gestorben:

am 2. Juli d. J.: Mattes, Eugen, Notar, Justizrat in Mannheim

Bekanntmachung

über die Herstellung und den Absatz von Dunstobst und Fruchtjäten.

(Aus dem „Reichsanzeiger“ Nr. 156 vom 14. Juli 1919.) Auf Grund der Verordnung über die Verarbeitung von Gemüße und Obst vom 23. Januar 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 46) geben wir hiermit bekannt:

1. Die Herstellung und der Absatz von Dunstobst (Kompostfrüchte ohne Zucker) und von Fruchtjäten aus diesjähriger Ernte ist gestattet.
2. Die mit unserer Bekanntmachung vom 4. Februar 1918 (Reichsanzeiger 87) veröffentlichten Preise für Futterstoffe beziehen sich nicht auf Fruchtjäten diesjähriger Ernte.
3. Zucker zur Herstellung von Fruchtjäten wird von uns nicht zur Verfügung gestellt.
4. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger in Kraft.

Berlin, den 1. Juli 1919.
Reichsgesellschaft für Obstkonservern und Marmeladen G.m.b.H.
L e h m a n n. K l e i n.

Den Besuch der badischen Hochschulen betr.

Übersicht der Studierenden auf den Universitäten Heidelberg und Freiburg sowie auf der Technischen Hochschule Karlsruhe im Sommersemester 1919.

Studium	Badische Deutsche	Reichs- ausländische	insgesamt	Studien- Beamte	
Universität Heidelberg.					
Ev. theolog. Fakultät	118	55	3	176	4
Juristische Fakultät	238	463	18	719	13
Medizinische Fakultät	359	771	27	1157	185
Philosophische Fakultät	349	533	24	906	156
Naturw.-mathem. Fakultät	189	247	9	445	54
Summe	1253	2089	81	3403	392
Hierzu Hörer	—	—	—	134	16
Gesamtzahl	—	—	—	3537	408
Universität Freiburg.					
Kathol. theolog. Fakultät	233	70	—	303	—
Rechts- und Staatswiss. Fakultät	261	831	13	1105	75
Medizinische Fakultät	306	940	10	1256	192
Philosophische Fakultät	158	300	9	467	82
Naturw.-mathem. Fakultät	145	241	6	392	33
Summe	1103	2382	38	3523	382
Hierzu Hörer	—	—	—	144	50
Gesamtzahl	—	—	—	3667	432
Technische Hochschule Karlsruhe.					
Allgem. Abt. (Mathematik u. allgem. bildende Fächer)	37	4	—	41	5
Abteilung für Architektur	78	49	6	133	8
Abteilung für Ingenieurwesen	138	59	6	203	—
Abteilung für Maschinenwesen	173	122	10	305	—
Abteilung für Elektrotechnik	59	49	9	117	—
Abteilung für Chemie	130	70	20	220	10
Abteilung für Forstwesen	20	1	—	21	8
Summe	665	354	51	1070	18
Hierzu Hospitanten	—	—	—	131	57
Gesamtzahl	—	—	—	1201	75

Karlsruhe, den 17. Juli 1919.
Ministerium des Kultus und Unterrichts.
A. A. Schwoerer. Verberich

mit aller Deutlichkeit, daß unter solchen Voraussetzungen, bei solchen Hemmungen und solch beschränkter Vollmacht ein Friedensschritt unmöglich gelingen konnte. Wenn die Oberste Heeresleitung verbreiten läßt, sie sei zu jedem „annehmbaren Frieden bereit gewesen“, so muß dem entgegengehalten werden, daß mit Kriegszielen, die nach einer Vergewaltigung Belgiens und Polens und nach der Eroberung des Erzbedens von Brieg und Langwitz fireben, ein Verteidigungsfrieden völlig ausgeschlossen war. Oberst Bauer hat dennoch unter Verletzung auf Ludendorff selbst öffentlich die Behauptung gemacht:

Am 14. August fand eine neue Besprechung unter dem Vorsitz des Kaisers statt. Die Oberste Heeresleitung betonte die Notwendigkeit eines baldigen Friedensschlusses, da wir zurzeit noch stark seien, aber mit einer zunehmenden Verschlechterung der militärischen Lage rechnen müßten. Herr v. Hinzp sagte erneut zu, Friedensschritte einzuleiten. Den ganzen September über wartet die Oberste Heeresleitung voll Spannung, welche Früchte nun die von ihr vorausgesetzte Tätigkeit des auswärtigen Amtes tragen würde. Aber als wiederum vier Wochen ergebnislos ins Land gingen, entschloß sich General Ludendorff am 28. September 1918, in voller Übereinstimmung mit sämtlichen zuständigen Abteilungschefs der Operationsabteilung, dem Feldmarschall Hindenburg vorzutragen, daß der Zeitpunkt gekommen sei, an die Reichsregierung die Forderung zu stellen, in sofortige Friedensverhandlungen einzutreten und zu diesem Zwecke der Entente einen Waffenstillstand vorzuschlagen.

Was soll man zu dieser Leichtfertigkeit und zu dieser Irreführung der Öffentlichkeit sagen. Alle Vorgänge sind in ihre Gegenteil verkehrt, und die wichtigsten Entschlüsse werden verschleiert oder überhaupt nicht wiedergegeben. Alles zu dem Zwecke, die nicht auszulöschende Schuld der Militärs auf Andere abzuwälzen. Herr v. Hinzp berichtet in seiner Denkschrift noch wiederholt, daß es ihm Mitte August nicht gelungen sei, von den Kriegszielen, wie sie bis dahin bestanden hatten, etwas abzuhandeln. Erst allmählich sei es ihm gelungen, Stück für Stück eine Milderung der Ansprüche zu erreichen. Der Vizekanzler v. Bayer, der in diesen schweren Wochen mit Herrn von Hinzp bemüht gewesen ist (der Reichszugler Graf Hertling befand sich unter dem Einfluß seines Unterstaatssekretärs von Madowitz völlig im Wahn der Obersten Heeresleitung und war mehr ein Hindernis als eine Förderung), Ludendorff von seiner Verblendung zu befreien, übernahm es Ende August, nach dem Großen Hauptquartier zu reisen, um einen Verzicht auf Belgien zu erzwängen, „da“, wie Herr v. Hinzp schreibt, „er sein Pulver schon so oft eingesetzt habe, um noch viel Aussicht auf Erfolg zu haben.“

In den Aufzeichnungen des Herrn v. Hinzp wird über das Ergebnis dieser Bemühungen nichts berichtet. Wir wissen von Herrn v. Bayer selbst, auf welchen starken Widerstand er

damals bei Ludendorff gestossen ist, wie auch der Oberst Bauer sich einzumischen suchte und wie Ludendorff alles daransetzte, seine verhängnisvolle Faustpfandtheorie trotz der schon sehr eindeutig gewordenen militärischen Lage aufrecht zu erhalten. An der württembergischen Steinfadigkeit ist das schließlich gescheitert, aber es war doch notwendig, daß Herr v. Bayer dem in Spaa befindlichen Reichszugler mit seinem Rücktritt drohte, ehe die Oberste Heeresleitung sich zu etwigem Nachgeben entschloß. Das Ergebnis dieser Aussprache wurde bald darauf vom Grafen Hertling im Hauptauschuß des Reichstags bekanntgegeben. Leider wieder auf Drängen der Obersten Heeresleitung von dem schwachen Kanzler so verlausuliert, daß ein unmittelbarer Erfolg nach außen hin ausbleiben mußte. Inzwischen hatte Herr v. Hinzp durch die spanische und holländische Vermittlung versucht, dem Frieden eine Gasse zu bahnen. Der eigenmächtige Schritt Bulgariens, der die diplomatische Einheitsfront der Mittelmächte zerstückelte und den Abfall Bulgariens und Ungarns nach sich zog, zerriß auch die Gassenbahnen.

Aber die Urachen, die zum Abfall Bulgariens geführt haben, macht Herr v. Hinzp interessante Mitteilungen, aus denen klar ersichtlich ist, wie leichtfertig die militärische Leitung alle rechtzeitig erteilten Warnungen des auswärtigen Amtes in den Wind geschlagen hat. Mit dem Abfall unserer Verbündeten war der Krieg restlos verloren. Die Feinde konnten uns in den Rücken marschieren, ohne daß wir bei der schlechten Ersatzlage und bei der Verdrängnis an der Westfront die Möglichkeit gehabt hätten, uns den nötigen Schutz selbst zu schaffen. In dieser Situation zogen der Vizekanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen den einzig möglichen Schluß, daß nur durch rasches Handeln neben der Wiederlage auch der Zusammenbruch im Innern verhindert werden könnte. Sie verabredeten ein festes Programm: Revolution von oben und sofortiger Friedensschluß. Als Herr v. Hinzp diese Pläne dem Kanzler unterbreitete und ihm meldete, daß er damit zum Kaiser fahren wolle, fiel er auf einen misstrauischen und argwöhnischen Mann, dem seine Umgebung eingeredet hatte, er solle von seinem Posten verdrängt werden. Herr v. Hinzp reiste am 27. September nach Spaa aus eigenem Antrieb, nicht als Bittsteller, wie es der Oberst Bauer darzustellen beliebt. Der argwöhnische Graf Hertling folgte ihm nach und nahm als Kandidaten für den Kanzlerposten gleich den Grafen Roedern mit.

An einem Sonntag, am 29. September vormittags 10 Uhr, haben die Besprechungen im Großen Hauptquartier begonnen, die nach den Aufzeichnungen v. Hinzp alle Märschen, die von der Obersten Heeresleitung in die Welt gesetzt worden sind, ein für allemal zerstreuen müssen. v. Hinzp hat die inneren und äußeren Schwierigkeiten dargelegt, unsere eigene Notlage und den Zusammenbruch unserer Verbündeten. Weiter unterbreitete er sein Programm: Liberale Reformen und Verrückung aus Liberalen und Sozialisten, Frieden und Waffen-

stillstand. Als er geendet hatte, führte General Ludendorff unter teilweisem Einspruch des Feldmarschalls aus: „Sieg sei ausgeschlossen. Die Lage der Armees verlange vielmehr sofortigen Waffenstillstand, um einer Katastrophe vorzubeugen. Oberst Hege war derselben Ansicht. „Die Stunde der Vergewaltigung“, so lautete die von General Ludendorff und Oberst Hege gebrauchte Formel. Auf Drängen Hinzps ging der Feldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff um 11 Uhr mit Hinzp zusammen zum Kaiser. Der Staatssekretär des Auswärtigen wiederholte unter Schilderung der Gesamtlage sein Programm. Der Kaiser hat um den Vortag des Feldmarschalls, der sich ausdrückte, wie General Ludendorff vorher, das Reformprogramm billigte er, aber er wurde durch den Reichszugler und durch den ganz im alldeutschen Lager stehenden Kabinettschef, Herrn v. Berg, wieder umgestimmt, denn am Nachmittag ließ der Kaiser, bei dem sich Graf Hertling, Herr von Berg und Graf Roedern befanden, Herrn von Hinzp rufen und teilte ihm mit: Die Sache mit der Revolution sei nach der Ansicht des Reichszuglers nicht so schlimm. Mit dem Systemwechsel und dem Frieden könne daher gemattet werden. Sie wollten sich erst ruhig 14 Tage in Spaa hinsetzen und die Sache überlegen.

Es muß sich nun eine dramatische Szene abgespielt haben. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat erneut auf die Gefahr der drohenden Revolution hingewiesen und den Kaiser an die Notwendigkeit des Feldmarschalls erinnert, die eine Katastrophe in Aussicht stellte. Der Kaiser hörte ruhig zu, wollte aber nicht zu einer Entscheidung kommen; er ging zur Tür. Herr v. Hinzp folgte ihm, stellte ihm erneut vor, daß eine neue Regierung unabweisbares dringendes Gebot der Stunde sei, daß die Unterzeichnung eines entprechenden Erlasses nicht hinausgezogen werden dürfe. Der Kaiser lehnte zurück und unterzeichnete einen solchen Erlass. Das ist die Entstehung des Erlasses vom 30. September, in dem die erste parlamentarische Regierung geboren worden ist. Zur Durchführung des Systemwechsels und zur Bildung einer neuen Regierung sind Graf Roedern und Herr von Hinzp nach Berlin gefahren, wo sie verjuchten, Herrn von Bayer zur Übernahme der Reichszuglerstelle zu bewegen, was dieser aber zugunsten des Bringen Max ablehnte. Unmittelbar nach ihrer Rückkehr nach Berlin sind die drängenden Telegramme der Obersten Heeresleitung eingetroffen, in denen das sofortige Hinsetzen des Waffenstillstandsgebotes verlangt wurde. Am 4. zum 5. Oktober ist das geschehen. Es war zu spät. Die Katastrophe war vollendet.

Der die Aufzeichnungen des Herrn von Hinzp, die hier zum ersten Mal der Öffentlichkeit übergeben werden, mit den Märschen vergleicht, die im Auftrage der militärischen Oberregierung Oberst Bauer in seinen Protokollen in Umlauf gesetzt hat, der kann sich ein eigenes Urteil darüber bilden, wo die Verantwortlichen und Schuldigen sitzen.“